

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

36 (12.2.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.— M; am Postkassier 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelnummer 15 J.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2—1/2 und 2—1/2 abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige No'one'zeile oder deren Raum 50 J, Reklamen 1.50 M. — Vorkaufanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmedatum 1/29 Uhr vormittags, für spätere Aufträge nachm. zuvor.

Frankreich fordert mehr Kohlen.

Paris, 12. Febr. Der französische Ministerpräsident Millerand hat der deutschen Kommission in Paris folgende vom 8. Februar datierte Note zugehen lassen:

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles, Teil 8 (Wiedergutmachungen) Art. 236, Anlage 5 § 2 hat sich Deutschland verpflichtet, an Frankreich 7 Millionen Tonnen Kohlen jährlich zu liefern. Außerdem soll Deutschland jedes Jahr an Frankreich eine Kohlenmenge gleich dem Unterschied zwischen der Förderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke des Departements Nord und des Pas de Calais vor dem Kriege und der Förderung der Bergwerke dieses Bezirks, in den in Betracht kommenden Jahren liefern. Letztere Lieferungen erfolgen 10 Jahre lang und dürfen nicht weniger als 20 Millionen Tonnen jährlich während der ersten fünf Jahre und 8 Millionen Tonnen jährlich während der fünf folgenden Jahre betragen.

Andererseits geht aus dem Protokoll vom 29. August 1919 über die Verhandlungen bezüglich der Ausführung der Anlage 5 zu Artikel 236 des Friedensvertrags hervor, daß die Mächte vorläufig übereingekommen sind, nicht sofort nach Inkrafttreten des Vertrags die vollständige Lieferung der in der Anlage 5 aufgeführten Kohlenmengen zu verlangen. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich den Alliierten 1.600.000 Tonnen Kohlen zu liefern. Das entspricht einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen und stellt den Ersatz für die zerstörten französischen Bergwerke dar, ein Ersatz, der entsprechend dem Schlußsatz zu § 10 der Anlage 5 ein Vorrangrecht genießt.

Nun stellen unantastbare Dokumente fest, daß Deutschland im Laufe des Monats Dezember 10 Millionen 450.000 Tonnen Kohlen produziert hat. Gemäß den im Protokoll vom 29. August 1919 ausgeprochenen Grundsatzen hätte Deutschland also an die alliierten Mächte 2.500.000 Tonnen Kohlen liefern müssen, während es nur 600.000 Tonnen Kohlen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist merklich geringer und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlenkommission in Essen hat amtlich erklärt, daß Deutschland nicht mehr als monatlich 750.000 Tonnen Kohlen liefern könne, aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden. Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Nichterfüllung dieser hochwichtigen Verpflichtung des deutschen Staates zu rechtfertigen, und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Staates hinweisen, können nicht als höchst wichtig betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß Deutschland für sich selbst eine Quantität zurückbehalten hat, die erheblich höher ist als die, die es zur Ausführung seiner Verpflichtungen benutzt, 60 Millionen Deutsche erhalten zurzeit monatlich 8 Millionen Tonnen Kohlen, während Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur über 3.250.000 Tonnen monatlich verfügt. Welches Recht kann Deutschland aufklagen, um günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Aufgabe lediglich auf die systematische Verwüstung zurückzuführen ist, die durch die deutsche Ozeanflotte Herbeiführung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziele, die französische Industrie zu ruinieren, befohlen worden ist. Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Nichtachtung ihrer Verpflichtungen und obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse und ein Recht hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert worden sind.

Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrags eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bestimmungen dieses Vertrags nicht erfüllt hat, die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Ferner wenn am 1. März 1920 Deutschland Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen, sowie das volle Fernverkehrsquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperren und Vergeltungsmaßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, für das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht.

Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein werde, alle Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, wie das das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrags vorgesehen hat. Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt: Die Kohlennote vom 8. Februar 1920 geht aus vom französischen Ministerpräsidenten Millerand und ist gerichtet an den deutschen Geschäftsträger. Sie bezieht sich über mangelhafte Kohlenlieferungen Deutschlands gegenüber den übernommenen Verpflichtungen. Für die Behandlung der Kohlenlieferung aus dem Friedensvertrage ist lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen. Er allein hat die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und er hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerpräsident hat sich in dieser Note Befugnisse angemaßt, die ihm nicht zustehen. Daher ist auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlüssen geführt gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 29. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohlen an die alliierten und assoziierten Mächte fortzufahren zu wollen. Bestimmte Mengen Kohlen voranzuliefern hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Fortanlieferung von Kohlen hat das damalige Delegationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Zusammenritt, also nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Kohlen im Monat 1.600.000 Tonnen Kohlen

monatlich an die Entente liefern soll und zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Ermäßigung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Im übrigen ist von deutscher Seite in dem Protokoll die während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen stets nachdrücklich abgegebene Erklärung wiederholt worden, daß Deutschland ohne schwere Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht imstande sei, bedeutende Lieferungen zu machen. Wirtschaftlich betrachtet liegt in der Tatsache der freiwilligen Kohlenlieferung vor Ablauf der im Friedensvertrag vorgesehenen Ankündigungsfristen ein gewaltiges Opfer Deutschlands und zugleich ein schlagender Beweis für die Bereitwilligkeit Deutschlands, seine Pflicht zur Wiedergutmachung nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seinem eigenen schwer erstickten Wirtschaftsleben zuführen können. Statt dessen hat es sich dieser sehr erheblichen Kohlenmengen entledigt, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Diese freiwillige Leistung, gegen die sich die allerersten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben, verdient eigentlich volle Anerkennung von Seiten der Alliierten hätte.

Französische Absichten und Phantasien.

Paris, 12. Febr. Vor dem Kammerauschuß für Auswärtige Angelegenheiten erklärte vorgelesen der Ministerpräsident Millerand, er sei dem Plane, die Türkei in Europa zu erhalten, günstig gestimmt. Ministerpräsident Millerand gab dem Ausschuß Kenntnis von dem Abkommen, das zwischen Frankreich und England im Jahre 1916 in Bezug auf Kleinasien geschlossen wurde. Die Kommission nahm schließlich eine Tagesordnung an, in der sie zum Ausdruck bringt, daß das Recht Frankreichs in Konstantinopel, Kleinasien, Syrien und Palästina im Sinne des im Jahre 1916 getroffenen Abkommens gewahrt wird. Von der Kommission wurde alsdann General Nessel benannt, der erklärte, die Deutschen gäben falsche Auskünfte und versuchten Drohungen und Einschüchterungen. Nach seiner Ansicht dürfe man niemals nachgeben, noch dürfe man sich mit den Deutschen in Erörterungen einlassen. Er behauptete auch, Deutschland habe 450.000 Mann unter den Waffen, erklärte jedoch, daß die Ablieferung des Kriegsmaterials in normaler Weise erfolge. Er stellte ferner die Behauptung auf, deutsche Offiziere dienten in der Roten Armee und wenn man Deutschland gestatte, mit den Bolschewisten in Verbindung zu treten, so könnten daraus schwere Ungelegenheiten entstehen.

Wilson will sich erklären?

Washington, 12. Febr. Nach einer Radio-Meldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kronprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weißen Hause glaubt man, daß Präsident Wilson die Gelegenheit benutzen werde, um öffentlich zu erklären, daß er immer der Forderung der Alliierten betr. die Auslieferung der Schulden absolut feindlich gegenübergestanden habe. Er werde jedenfalls auch erklären, daß er sich energig jeder Handlung widersetzen werde, die das Ziel habe, die Auslieferung zur Aburteilung aller Deutschen, sowohl Militärpersonen, als auch Zivilbeamten, zu verlangen.

England und der Wiederaufbau Oesterreichs.

Haag, 11. Febr. „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus London, daß britische und österreichische Kaufleute neue Pläne für den Wiederaufbau Oesterreichs und andere Teile des ehemaligen Reiches Oesterreich-Ungarn besprechen. Es wurden Vorschläge gemacht, eine Korporationsorganisation zu errichten, die, von der Regierung unabhängig, Rohstoffe nach Oesterreich senden und den Verkauf, sowie die Ausfuhr der österreichisch-ungarischen Fabrikate regeln soll. Zu diesem Zweck soll eine Gemeinschaft von Bankiers, von Kaufleuten und Fabrikanten gebildet werden.

Zuripolung der innerpolitischen Lage in England.

Amsterdam, 11. Febr. Die sehr einflussreiche Londoner „Times“ schreiben zur Rede Lloyd Georges, die Nation habe aufgefordert, ihm und seinen Anhängern Vertrauen entgegenzubringen. So sehr auch Personen verschiedener Richtungen in fundamentalen Fragen anderer Meinung als Asquith sind, so wolle man ihn doch wieder im Parlament sehen und man hoffe, daß die Wähler von Paris diese allseitig gehegte Hoffnung nicht enttäuschen werden. Diese Äußerungen des Mannes sind auffallend, wenn man bedenkt, daß der Fall Asquiths und sein Ersatz durch Lloyd George im November 1916 hauptsächlich das Werk der von den „Times“ geführten Fehde war.

Willy Nr. 2 hat ohne Kenntnis von Willy Nr. 1 ein bischen Mut bewiesen.

Haag, 11. Febr. Das niederländische Korrespondenz-Bureau meldet, daß das vom ehemaligen deutschen Kronprinzen an die Staatsoberhäupter der a. und a. Mächte gerichtete Telegramm, in dem er sich anstelle der zahlreichen Deutschen, deren Auslieferung gefordert wird, zur Verfügung stellt, vollkommen ohne Kenntnis seines Vaters, des vormaligen deutschen Kaisers, abgefaßt worden ist.

Die Situation in Rußland und Polen.

Berlin, 12. Febr. Der frühere Präsident der russischen Reichsduma Gutschkow äußerte sich gegenüber einem Vertreter der Kulturliga über die Gefahr des Bolschewismus für Europa.

Diese Gefahr sei für Europa noch niemals so ernst gewesen wie gerade jetzt. Nach vollkommen sicheren Nachrichten werden die Bolschewisten im Frühjahr eine große Offensive gegen Polen und Rumänien unternehmen. Die Lage des polnischen Proletariats sei geradezu furchtbar. Die Polen würden bei einem ernstlichen Angriff der Bolschewisten unterliegen. So müßte auch für Deutschland die Gefahr des Bolschewismus in unmittelbare Nähe kommen. Unterliege aber Polen, so würden die Polen mit den Bolschewisten gemeinsam gegen Deutschland marschieren. Gutschkow bezweifelt, daß es gelingen werde, diplomatisch die Bolschewisten von einem Einmarsch in Deutschland abzuhalten.

Streiks im Auslande.

Mailand, 12. Febr. Nach dem „Avanti“ beträgt die Zahl der Streikenden in der chemischen Industrie ungefähr 170.000. Die Verhandlungen nehmen einen guten Verlauf und man hofft, daß eine Lösung heute oder morgen zustande kommt. Das Blatt hebt hervor, daß wegen Mangels an Schwefelsäure die großen lombardischen und ligurischen metallurgischen Establishments geschlossen werden müßten. Das Blatt hält den Ausbruch eines Streiks in der Textilindustrie Turins für heute für wahrscheinlich.

Amsterdam, 12. Febr. Der „Telegraaf“ meldet, daß der niederländische Transportarbeiterverband und der Zentraltransportarbeiterbund für den 16. 2. den Ausstand beschlossen haben. Dies bedeutet u. a. den Ausstand in den Häfen in Amsterdam und Rotterdam.

Maßregeln für den Gold- und Silberhandel.

Berlin, 12. Febr. Der Reichswirtschaftsminister hat eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin erlassen, die für den Handel mit Reichsilbermünzen einem Monopol für die Reichsbank gleichkommt, die außerdem den Käuferhandel mit Edelmetallen und daraus hergestellten Münzen und Waren verbietet und in Bezug auf Zeitungsanzeigen und sonstige Veröffentlichungen einschneidende Vorschriften enthält. — Mit der Ermächtigung des Ankaufs von Reichsilbermünzen für die Reichsbank ist vorläufig nur die Post betraut worden. Danach ist der Ankauf von Reichsilbermünzen zu einem ihrer Nennwert übersteigenden Preis an anderen Stellen als an der Reichsbank oder Post strafbar. In gleicher Weise unterliegen der Strafe, wer in der Absicht, diese Vorschriften zu umgehen, die Münzen unarbeitsfähig oder unarbeitswert oder veränderten läßt. Am Zusammenhang hiermit hat die Reichsbank den Verkaufspreis für Reichsilbermünzen auf das achtfache ihres Nennwertes erhöht, so daß die Reichsbankhauptkassette und die Postanstalten nunmehr bezahlen für ein Einmarkstück 8 Mk., für ein Zweimarkstück 16 Mk., für ein Dreimarkstück 24 Mk., für ein Fünfmarkstück 40 Mk., für eine halbe Mark oder ein 50 Pfennigstück 4 Mk., für ein silbernes 20 Pfennigstück 1.60 Mk. Für den Taler werden auf Grund seines höheren Silbergehalts 28.50 Mk. bezahlt. Bei abgenützten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Nordschleswig dänisch.

Kiel, 12. Febr. Nach dem amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung in der ersten Zone von Nordschleswig wurden abgegeben 25.225 Stimmen für Deutschland und 74.887 Stimmen für Dänemark.

Die Stimmung in den Rheinlanden.

Berlin, 12. Febr. Ministerpräsident Sieck ist von seiner Reise zurückgekehrt, die er in Begleitung von vier preussischen Ministern unternommen hatte. Er äußerte einem Mitarbeiter des BVB u. a. folgendes: Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Erkenntnisse möchte ich vor allem festhalten: Die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Besatzungsstruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, kann auf die Dauer einfach nicht mehr ertragen werden. Die überaus starke Belastungsprobe, der die vaterländische Gesinnung der Rheinländer zu der Zeit der Fremdherrschaft ausgesetzt ist, ist glänzend überstanden worden. Ich habe mit aufrichtiger Freude feststellen können, daß die ganze gewaltige Masse der Rheinländer von den spartanischen Strömungen immer deutscher abruht. Alle Beteuerungen der Sonderbündler, die die Bevölkerung glauben machen wollen, daß sie nur gegen das reaktionäre P. stehen, aber den deutschen Charakter der Rheinlande nicht antasten wollen, können heute Niemanden mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir haben weiter zu sehen, daß die Politik der Franzosen auferst steht, in der sie entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Die preussische Staatsregierung ist fest entschlossen, Alles zu tun, um jeden Reiz einer Mißstimmung in den Rheinlanden zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb den Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift nach Reichsstadt getrennt zusammen zu stellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihr Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entschlüsse treffen. Allgemein hat man in den Rheinlanden verlangt, daß wir öfters herüberkommen, um einen ständigen Gedankenaustausch mit der dortigen Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß wenn wir das nächste Mal in den Rheinlanden sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin Alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Handlung
Verträge 18
3701
us der
ister-
rei:
zusatz mit
em Deut-
it 28 155,
895/6),
leitung zur
una. Mit
(Nr. 391/2),
Nr. 212 ab-
S., (Nr. 233),
wertung im
sicherheit),
S., (Nr. 390/8),
140 J.
injenzucht,
(Nr. 170/1),
Bücherei,
(Nr. 225/6),
erdungs-
anwendung,
S., (Nr. 244),
Zwergsch,
d. 70 S.,
ienenzucht,
(Nr. 10/11),
Herabfüh-
320),
beutet. Mit
(Nr. 346.),
Mit 77 Abb.,
Aufgaben,
85/90),
Brot und
it 27 Abbil-
(Nr. 130),
Biegenzucht,
(Nr. 338/9),
22 Abb. u.
(Nr. 402/4),
den Haus-
it 42 Abb.,
133),
den Abb.,
(Nr. 45),
denen,
S., (Nr. 78),
für den
Mit 118
(Nr. 71/2),
Bücherei
ung, 210 J.
Mit 14 Abb.,
223),
n der Abb.,
it 45 Abb.,
58/9),
Brennoffen,
13 Tafeln,
241/2),
Brot und
kuchen, Mit
(Nr. 265),
Bienen, Mit
(Nr. 92/4),
Baubau, Mit
(Nr. 899),
den Garten-
S., (Nr. 275),
d. Betrages
epelmaner
in Brief-
prompte
ung.
vertuert.)
Zubehör,
neu, zu
kaufen.
18. Ia IV.
Arbeit!
Bedeut für
Brau
und befen
Schweiß-
haben, von
Historiafr. 6.
Zahnersatz u. Plomben
— 1714
— Schonendste Behandlung.

Politische Uebersicht.

Frommes Wohlgefallen am Mörder.

Der Vater des Attentäters Oltwig von Girschfeld erhielt unter vielen anderen auch folgendes Schreiben, das ein günstiger Wind vom "Vorwärts" auf den Tisch wehte: Pater americ. Gorgez.

Nr. 39, den 2/11. 1920.
Kieker Str. 18.

Herrn
v. Girschfeld,
hochwohlgeboren

Berlin-Steglitz.

Sehr geehrter Herr!
Mit Bedauern habe ich in Frankfurt a. M., wo ich einige Tage auf eine Missionenkonferenz weilte, von der mühsigen Tat Ihres geschätzten Sohnes gelesen. In dem herr. Tage habe ich neben Ihrem Sohne im Gerichtssaal gesessen. Er hat unserem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen, möge Gott der Herr Seine schützende Hand über das Haupt Ihres Sohnes halten. Ich habe das Bedürfnis, in dieser Angelegenheit einmal persönlich mit Ihnen zu sprechen und bitte freundlich um Angabe einer Zeit, wann ich Sie besuchen kann. Falls Sie es erlauben, werde ich mich mit meiner ganzen Kraft für Ihren lieben Sohn einsetzen.
Mit dem Ausdruck meiner allergrößten Hochachtung und herzlichem Gruß

Der Absender dieses Briefes ist offenbar ein sehr frommer Mann, d. h. von jener Scheinfrömmigkeit, die den Namen Gottes ständig im Munde führt, dabei aber die Lehren des Christentums mit Füßen tritt. Derselbe Herr, der mit „christlichem Gruß“ unterzeichnet, scheint die Worte seines Heilands ganz vergessen zu haben, der Petrus befahl, das Schwert einzustechen. Es zeugt für den Geist dieses Buchstaben-Christentums, daß ein Mann besonders der schützenden Hand Gottes empfohlen wird, der sich eines gemeinen Mordverbrechens schuldig gemacht hat.

Der Reichswirtschaftsrat zum Ernährungs-Wirtschaftsplan.

Der Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beschäftigte sich am Samstag mit dem von der Ernährungsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums aufgestellten Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1920. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide bis auf weiteres notwendig ist. Im allgemeinen war man sich darüber einig, daß der Hafer in die Zwangswirtschaft wieder einbezogen werden muß. Auch ein völliger Abbau der Kartoffelbewirtschaftung kommt vorläufig nicht in Frage. Die Festlegung von Mindestpreisen für die nächste Ernte wurde als notwendig anerkannt. Ueber ihre Höhe, sowie über die Art, wie die Bewirtschaftung der Kartoffeln erfolgen soll, werden zwischen den einzelnen Organisationen noch Verhandlungen geführt. Der Wirtschaftsplan wird zu dieser Frage in einer neuen Sitzung am 13. Februar endgültig Stellung nehmen. Bei allen Verhandlungen und Besprechungen der letzten Tage hat es sich bisher lediglich um vorbereitende Arbeiten gehandelt, um Ausdrücke vorbereitender Natur mit den in Betracht kommenden Behörden, Kreisverbänden, Interessenten und Sachverständigen-Streifen zu dem Zweck, die Beschlüsse vorzubereiten, welche nuncmehr von der Regierung zusammen mit dem Reichsrat und der Nationalversammlung zu fassen sein werden. Bindende Beschlüsse liegen noch nicht vor.

Boikott gegen den deutschen Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 11. Febr. Den „P. P. N.“ zufolge hat der Reichsrat der deutschen Industrie beschlossen, den Reichswirtschaftsrat nicht zu beschließen, wenn die Art der Zusammenfassung nach den Beschlüssen des Reichsrats bestehen bleiben soll. Die in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Arbeitnehmer haben einen ähnlichen Beschluß hinsichtlich der Entscheidung der Arbeitnehmer gefaßt. Die Beschlüsse sind der Nationalversammlung mitgeteilt worden.

Ein Vorschlag Rabek's über die Beziehungen zu Sowjetrußland.

Der Bolschewist Rabek hat in seiner Moabiter Haft eine Denkschrift über das künftige Verhältnis Rußlands zu Deutschland verfaßt. Rabek sagt, Deutschland könne von Rußland an Rohstoffen beziehen, was es nötig habe, während Rußland aus Deutschland

Techniker, Ingenieure, Chemiker, Landwirte holen könne, um seine Wirtschaft wieder aufzurichten. Diesen würde im Rahmen der russischen Armut ein menschliches Dasein gesichert sein, allerdings nicht das Dasein eines Herrenmenschen, der die bolschewistischen Russen „an deutschem Wesen geneien lassen wolle“. Ein deutsch-russisches Abkommen müßte auf der Voraussetzung der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Vertragsstaates begründet werden. Die Denkschrift Rabek's gibt in folgenden Vorschlägen:

1. Die diplomatischen Beziehungen beider Länder sind aufzunehmen.
2. Beide Länder senden zunächst wirtschaftliche Sachverständige, die an die Organisation des Warenverkehrs, der Transportmittel und aller den Warenverkehrs fördernden Arbeit gehen.
3. Sollte die deutsche Regierung sich zu so Selbstverständlichem nicht aufraffen, dann geben an die Vorkonten und Vorbereitungen des Warenverkehrs wirtschaftliche deutsche Organisationen, die sich durch erste deutsche Vertreter mit der russischen Regierung in Verbindung setzen. Ein paar Monate später wird ihnen die deutsche Regierung nachhinken. Deutsche Techniker, Ingenieure, Chemikerverbände bilden für ihre nach Rußland überföhlenden Mitglieder Beratungsstellen, die deren Interessen dem russischen Staat gegenüber zu vertreten haben. Sie organisieren auch einen objektiven Nachrichtendienst über Rußland für Deutschland.

Diese Vorschläge sind recht diskutabel und wir hoffen, daß die Reichsregierung auf diesem Gebiete etwas mehr Aktivität entfaltet.

Neue Verordnung zur Regelung des Fleischverbrauchs.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen. Um den Fleischhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M., wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karte abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarte an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstverfänger Fleisch aus Schlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder falsch, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt und so weiter.

Die sächsische Volkstammer und die Auslieferung.

Dresden, 11. Febr. In eindruckvoller Rundgebung protestierte die sächsische Volkstammer gegen das Auslieferungsgesetz. Der Präsident, Abg. Fr. Häfner (Soz.), erinnerte in seiner Erklärung an die vielfachen Verbrechen der Entente gegen das Völkerecht. Zu allem komme jetzt das Verlangen der Auslieferung. Die Angehörigen wären gezwungen vor Beginn des Prozesses verurteilt. Damit wolle man alle Schuld auf Deutschland schieben und sich selbst der Welt als schuldig darstellen. Die Auslieferung sei technisch unmöglich, ihre Vornahme würde einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Die Auslieferung sei ein schmachvolles unerhörtes Verlangen und bedeute, daß Deutschland alle Selbstachtung von sich werfe und sich selbst schänden solle. Die Volkstammer wisse sich eins mit ihren Wählern, der Staatsregierung, der Reichsregierung, dem Staatenausschuß, dem überprüften Teil des deutschen Volkes, wenn auch sie das Verlangen ablehne. Das Leben ist der Güter höchstes nicht. Nieher tot als Sklave sein!
Die Kammer hatte die mit heiligem Eifer unterbrochene Erklärung mit Ausnahme der unabhängigsten stehend entgegengenommen.

Vom schönen Völkerbundsrat.

London, 11. Febr. Die erste Sitzung des Völkerbundsrates wird von kurzer Dauer sein. Einige der Hauptfragen scheinen auf folgende Art gelöst zu werden: Die Schweiz wird in den Völkerbund aufgenommen. Tabor wird als Oberkommissar von Densig beauftragt werden. Als Kommissare für das Saarbecken sollen, wie vorgelesen, ein Franzose und ein Saarländer ernannt werden. Man spricht davon, daß die drei anderen zu Ernennenden ein Skandinavier, ein Belgier und ein Spanier sein werden. Es ist diesbezüglich noch nichts Festes bestimmt. Die Frage des künftigen Gerichtshofes wird bei den Beratungen eine wichtige Rolle spielen. Großbritannien wird gleichfalls einige Fragen des Transits vorlegen. Für diese Fragen ist die Ernennung eines Kommissars vorgelesen.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Nachdruck verboten.

Zur Einführung.

Hermann Stenz stammt aus der Zeit, wo man über die planmäßige Förderung des „Aufstiegs“ der Begabten nicht so schöne theoretische Forderungen aufstellte; für ihn galt die harte Lösung „Gib dir selbst“. Und die hat sich der in dem mittelständischen Städtchen Schirmling, hinter die Ohren geschrieben. Nach gründlicher Ausbildung im Handwerk griff er zum Wanderstab, um fremde Länder und Menschen kennen zu lernen und den Wissensdurst zu stillen, dem die Schule nicht hatte genügen können. Daß Wanderschaft mehr bilden kann als Hochschulfstudium und den Will mehr zu weiten vermag als andere Bildungsmittel, wußte schon der alte Comenius, der die Erziehung mit einer sechsjährigen Wanderschaft abgeschlossen wissen will. So wanderte Hermann Stenz fast auf dem ganzen Kontinent herum, wobei er unter vielen andern Städten besonders Berlin, Wien, Rom, Paris kennen lernte; daß er es mit aufgeschlossenerm Sinn und empfänglichem Gemüt tat, lehrt uns manche seine Beobachtung in seinen Erzählungen. Nachdenklich und grübelnd veranlaßt schaut Stenz den Dingen, die er mit der ganzen Liebe seines gültigen Dazens umfaßt, gern bis auf den Grund. Es ist nicht als Zufall, sondern eben als Ergebnis seiner Gedanken über Welt und Leben zu betrachten, daß sich schon der 17jährige Jüngling in die Gemerkschaft der 23jährige in der Partei aufnehmen ließ.

Erst seit dem Jahre 1912 datiert Stenz' literarische Tätigkeit, die ihn in der Arbeiterpresse Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und Nordamerikas nach zu Ansehen brachte. Die Erzählungen, soweit sie uns bekannt sind, weisen ihn als rechten und rechten Volksschriftsteller aus. Bewußt für das arbeitende Volk schreibend, dem er meist seine Motive entnimmt, frei von literarisch-artistischen Präntionen, zeigt er die harte Selbstständigkeit des Autodidakten, eine Ursprünglichkeit, die allen seinen Geschichten einen besonderen Reiz und Wert verleiht. Stenz schreibt, wie ihm der Sänabel gewachsen ist, wenn man so sagen darf. Seine Eigenart sucht weder Anlehnung an Vorbilder noch läßt sie sich in eine Schablone zwingen. Wollte man nach Vergleichspunkten forschen, so könnte man ihn allenfalls zu seinen bayerischen Landsleuten Rabell, Stieler und Ludwig Thoma stellen. Mit dem letzteren hat er die fernhafte

Darstellung moderner Bauerntypen und die Freude an der dramatischen Gestaltung des Dialekt-Dialoges gemeinsam, der immer seine Wirkung tut, wenn er wirklich dem Volk abgelauscht und nicht etwa ein Schriftlich erkannert ist. Aber was Stenz mit diesen Bauernbüchlein verbindet, macht nicht die Hauptfache seines Wesens aus. Stenz geht eigene Wege sowohl im Stofflichen wie im Stil. Menschen aus allen Berufsständen führt er uns vor; meist sind es natürlich kleine Leute, oft die Kleinsten der Kleinen, Ausgestoßene, Unterdrückte, Alte, Kranke, deren Seelenleben er uns menschlich deutet. Kohlenbrenner, Tagelöhner, Jäger, Schirmlinger, Handwerksburschen schildert er in Leid und Freud und bringt sie uns nahe. Er weiß uns für sie zu erwärmen, weil er sie selber liebt. In knappen Geschichten weiß er ganze Lebensschicksale seiner Helden aufzurollen, halb besaglich über ihre Schwächen und Eigenheiten im Rollenbrett plaudernd, bald in trefflicher Konzentration Impressionen von schlagender Wirkung hincuzuföhren. Stenz hat sich im Glend der Welt und ihrer Schicklichkeit gegenüber ein gültiges, poetisch gestimmtes Herz bewahrt, wo es keine Härte gibt, wo eine milde Verhältnlichkeit walzt. Aus diesem innersten Quell heraus bringen seine Geschichten, die mit einer Lebensanschauung gefüllt sind, die alles Redlich-Heidliche legten Endes doch zu überwinden weiß und beim Ziehen der Lebenssumme das Gute und Schöne in den Vordergrund rückt. Denn für das Gute und Schöne hat Stenz nun einmal ein besonders scharfes Auge, wie man es in der Art nur an Peter Hofegger kennt. Es ist bewundernswert, wie dieser aufs Gute und Schöne gerichtete Blick Stenz Genüsse und Erlebnisse verschafft, wo stumpfe Sinne achlos vorübergehen. Mit einer wahren handwerklichen Lust an künstlerischen Gebilde der Menschenseelen schildert er die Kleinstadt oder einen Bauernhausrat oder eine reichbesetzte Klosterküche. Die gleiche Eingebung zeigt seine Reflexion aus. Hier sieht man in das reiche Innenleben einer warm empfindenden Seele, und man fühlt, daß der Dargestellte, seine inneren Erlebnisse loszuwerden, dem Autodidakten die Feder in die Hand drückt. Daher das Ueberzeugende, Ursprüngliche, Ungefaßte seiner Darstellung. Stenz will uns gemächlichen Gangs in das Land der Schönheit führen, und wer Zeit hat und mit ihm geht, wird immer ein schönes, erhabenes, tragisches oder lustiges Stück Menschenleben kennen lernen. Dabei stört weder aufdringliche Tendenz noch verletzender Spott, selbst wenn der Satiriker die Feder führt.

Hermann Stenz hat sein Zelt jetzt in unfern Mauern aufgeschlagen. Wir heißen ihn willkommen und freuen uns,

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Neben des Königs und Lloyd Georges.

London, 10. Febr. (Reuter.) Der König eröffnete heute in Person das Parlament. Seine Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehende Ratifikation der Verträge mit Österreich und Bulgarien. Sie drückte die Hoffnung aus, daß die baldigen Friedensschlüsse mit Ungarn und der Türkei aus. Es heißt in der Rede: Eine Anzahl von Sitzungen, die vor kurzem in London und Paris stattfanden, haben die ausgezeichneten Beziehungen, die mit allen unseren Alliierten bestehen, gefördert. Es wird in der Rede weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der adriatischen Streitfrage bald erzielt wird und erklärt, es sei wesentlich, daß der Frieden und normale Zustände im Wirtschaftsleben Westeuropas und Rußlands wieder hergestellt werden. Britannien und Frankreich näherten sich mit raschen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Alle Massen müßten jedoch fortfahren, sich an dem Werk des Wiederaufbaues zu beteiligen. Die Lage in Irland erzeuge erneute Besorgnis. Die Rede kündigte Maßnahmen betreffend die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sowie eine Regelung der Arbeitszeiten und der Mindestlöhne, sowie Bestimmungen gegen das Dumping an.

Lloyd George behandelte bei der Debatte über die Adresse auf die Thronrede in der Hauptsache Fragen innerer Art und wies darauf hin, daß das Budget 1919/20 günstig ausfallen werde. Er kam bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland zu sprechen. Lloyd George verteidigte die russische Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wieder hergestellt werden könnte, bevor die russischen Dispositionen nicht wieder zur Verfügung stehen. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könnte. Er beschloß keine militärische Invasion des Bolschewismus weder im Westen noch im Mittelosten. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarischen Methoden nicht aufgegeben habe und auf zivilisierte Weise regiere, kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt bereit sein werde, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrigbleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde. Zur Lage in Irland, wo die feigen und verächtlichen Norddeutschen benutzten, sagte Lloyd George: Kann unter diesen Umständen die englische Truppe in Irland zurückgerufen werden? So lange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

Badische Landesfunkonferenz.

Gr. Karlsruhe, 11. Februar.

Die Einheitschule

Wird in der heutigen Sitzung in lang fortgesetzter Debatte weiterbehandelt, wobei zahllose Redner zu Wort kommen, die sich allerdings in Anbetracht der rationierten Redezeit — 15 Minuten — kürzer als am ersten Tage fassen mußten. Die Konferenz vertritt auch vielfach am heutigen Tage, daß sich die deutsche Mentalität nicht allzu sehr durch die nationale Katastrophe geändert hat, so daß es lam, daß die Herren der Vergangenheit die durch Genossen Abg. Rieck-Helberberg gewiesenen sozialistischen Wege in eine bessere Zukunft durch scharfen Widerspruch aufnahmen.

Unterrichtsminister Gummel hat wie am ersten Tage den Vorschlag übernommen.

Staatschulrat Dr. Sickingen-Mannheim weist auf die Schwierigkeiten der Erziehung infolge der differenzierten Begabung hin. Mängel, die dem sozialen Mitleid entsprängen, sind dagegen milderungsfähig. Das Hilfsschulwesen für Kinderbegabte ist weitestgehend auszubauen. Alle Kinder haben Anspruch auf einen gleich guten, ihnen angepaßten, nicht gleichen Unterricht; nur bei solcher Differenzierung erfüllt die Einheitschule ihre Aufgabe.

Gehemrat Reumann-Karlsruhe: Wenn man einerseits wie ich, Optimist ist, so muß man andererseits doch die heutigen Tatsachen berücksichtigen. Angesichts der heutigen politisch-wirtschaftlichen Lage heißt es deshalb nicht, was wollen wir, sondern was können wir. Der Staat darf nie in den wissenschaftlichen Forschungsbetrieb eingreifen. Unsere Schule hat nicht verlagert. Singeweisen ist auf die begehrte Erziehung der Schüler fürs Vaterland. Nicht das abstrakte Wissen, sondern das durch Übung erworbene Können ist bei der neunjährigen höheren

Sein schönster Tag.

In die Wirtschaft des Kerschbammer Jakt trat ein Mann mit einem Knack ein. Oder richtiger gesagt: ein Knack mit einem Mann. Denn das eisgraue Manderl, das da hinter sich die Tür wieder fein säuberlich zuklinkte und ein sehr behäbiges „Griak Gott!“ sagte, das stand in gar keinem Größenverhältnis zu seinem mächtigen Knack. War der schon die vollgepackt, so ragte auch noch die langen Stiele zweier blühblanken, hinten aufgeschallter; Holzgerte weit über den Kopf ihres Trägers hinweg. Die unverhältnismäßig breiten Schultern, auf denen die Last last, sie passten wohl zur Ladung, aber die Größe des Alten stimmte nicht zu ihr. Das lohbraune Gesicht und der über den Mund hängende weißstrangige Samirbart nebst der kurzen Figur schienen eher einem Halbbrakt zu gehören, der einmal zum Schabernad in die lustige Tracht eines Gebirgskohlenbrenners gekrochen war. Schaute man dem Schrakl aber genauer ins bernerleichte Gesicht, dann blickte man in ein paar so treuherzige Kinderaugen, daß man das Drum und Dran vergaß und ebenfalls „Griak Gott!“ sagte.

Mit einem Knack darf der Alte seinen Baden neben die Holzbank am Ofentisch und tat einen tiefen, erlösenden Seufzer. Dann schob er sich schwer hinter den Tisch auf die Bank, seufzte noch einmal nichtig und beugte den hinter dem Tisch sitzenden, großen, blondhäutigen Burschen von der Seite. So dann zog er eine Schweinsblase mit gewaschenem Oesterreicher Kommissbrot aus der Tasche, stopfte umständlich den großen, buntbemalten Kopf seiner Porzellanpfeife und begann zu qualmen. Alles in der langsamen Art eines Menschen, der Zeit liebt hat.

Es war ganz ruhig in der Wirtschaft. Nur die Wanduhr, auf deren hölzerner Vorderseite und um das Zifferblatt knallrote Rosen gemalt waren, tickte laut, beinahe hart

Zur Auslieferungsforderung.

wird auch die auf kommenden Sonntag vormittag von der sozialdemokratischen Partei Karlsruhe einberufene

Volkerversammlung

Stellung nehmen. Wir erwarten von unseren Parteimitgliedern wie von der sozialdemokratisch gesinnten Bevölkerung überhaupt, eine recht starke Beteiligung. Genosse Dr. Kraus, der als guter Redner bekannt ist, wird über den Neuaufbau Deutschlands, Genosse Schöpflin über die Auslieferungsforderung sprechen.

Von bürgerlicher Seite ist an die hiesige Sozialdemokratie das Ersuchen gestellt worden, in der Auslieferungsforderung eine gemeinsame Versammlung und Kundgebung mit den Bürgerlichen abzuhalten.

Das Ersuchen der Bürgerlichen ist unsererseits abgelehnt worden. Und zwar aus guten Gründen.

Es muß ganz klar ausgesprochen werden, was uns in diesem Augenblick eint, und ebenso klar auch, was uns voneinander trennt.

Das deutsche Volk ist bis auf Ausnahmen einig in der Überzeugung, daß das Auslieferungsgesetz der Entente „zu den Forderungen der Gerechtigkeit im Widerspruch steht“. Die Beschuldigten haben das Recht auf einen unparteiischen Gerichtshof, und es müssen wenigstens nachträglich klare Rechtsgründe festgelegt werden, nach denen je nach Lage des Falles beurteilt werden kann oder freigesprochen werden muß. Ein feindliches Militärgericht, das nach Belieben urteilt, ist überhaupt kein Gericht, sondern ein barbarisches Komitee der Mache. So spricht das Rechtsempfinden des deutschen Volkes, der neutralen Völker und jener Elemente unter den früher feindlichen Völkern, denen der Sinn für einfachste Rechtsgrundsätze nicht verloren gegangen ist.

Zweitens besteht in Deutschland Übereinstimmung darüber, daß die Auslieferung der verlangten Personen eine technische Unmöglichkeit ist. Der Versuch würde zu Gehorsamsverweigerung, Meuterei, blutigen Kämpfen mit zahllosen Opfern führen, aber schließlich doch ohne Ergebnis bleiben.

In diesen beiden Punkten herrscht Uebereinstimmung.

Nun aber kommen die Gegensätze zwischen uns und den Bürgerlichen. Wir fordern grundsätzlich und energisch die Bestrafung aller der Militärpersonen, die nachweisbar verbrecherische Handlungen begangen haben. Ein Verbrecher ist ein Verbrecher, auch wenn er den Exzellenztitel besitzt und die Generalsuniform getragen hat.

Die Sozialdemokratische Partei erkennt ohne weiteres an, daß die Bevölkerung der während des Krieges von deutschen Armeen besetzten Gebiete viel Unrecht erlitten hat, und sie hat alles Bestmögliche für die Forderung dieser Wiedergutmachung, daß begangenes Unrecht gestraft werden müsse. Nur kann das freilich nicht durch Verübung neuen Unrechts geschehen, wie das nach dem Vorschlag der Entente der Fall sein würde, sondern es muß ein Weg gesucht werden, um wirkliches Recht zu schaffen.

Wir sind überzeugt, daß auch nicht eine der bürgerlichen Parteien bereit und festentschlossen ist, ohne

Mitsicht auf Namen und Stellung gegen Militärpersonen vorzugehen, denen Verbrechen nachgewiesen werden können. Schon aus diesem Grunde können wir Sozialdemokraten unmöglich mit den Bürgerlichen eine gemeinsame Kundgebung in der Auslieferungsforderung abhalten. Wer aufmerksam die gegenwärtige, ziemlich hochgehende Bewegung wegen der Auslieferung beobachtet, wird bereits bemerkt haben, daß sie von gewisser Seite dazu benützt wird, überhaupt jedes Strafverfahren und jede Beurteilung militärischer Verbrecher zu unterdrücken.

Und die Elemente, die dieses Ziel verfolgen, sind innerhalb des Bürgertums die treibenden und führenden Kräfte auch bei der jetzigen Bewegung. Mit ihnen gemeinsam eine Kundgebung veranstalten, hieße mit der Reaktion partieren. Die deutschnationalen, die bereits in allen bürgerlichen Parteien ihre Männer und Agitatoren haben, mißbrauchen mit der ganzen struppelosen Dreistigkeit, die diese gewissenlosen Volksverbrecher besitzen, die Auslieferungsbewegung zu reaktionären und monarchistischen Umtrieben. Die deutschnationalen sind nicht minder gemeingefährliche Feinde eines freien deutschen Volkes wie die schlimmsten Gewaltpolitiker der Entente. An diesen allgemein gültigen Tatsachen wird auch dadurch nichts geändert und kann unsere ablehnende Haltung nicht beeinflusst werden, daß für eine gemeinsame Kundgebung hier in Karlsruhe auch bürgerliche Herren eintreten, die weder reaktionäre noch die deutschnationale Verheugung unterstützen wollen.

Außerdem: ein nicht geringer Teil der Bürgerlichen, die jetzt über die Auslieferungsforderung, über die „deutsche Ehre“ und über die Brutalität der Entente jammern, waren wüste und unerfütterliche Eroberungs- und Gewaltpolitiker, als die deutschen Heere siegreich waren. Sie haben in den ersten Jahren des Krieges, als sie mit den deutschen Generalen in totaler Verblendung sich befanden, die Sozialdemokratie verlästert und beschimpft, weil die Sozialdemokratie den

Verständigungsstieben

forderte. Und nur selten regte sich in bürgerlichen Kreisen ein Widerspruch, wenn die militärischen Gewalttäter in der Heimat, die an politischer Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit ihre Kameraden im Felde noch übertrafen, uns Sozialdemokraten brutal an der Propaganda für den Verständigungsstieben hinderten.

Und da sollten wir Sozialdemokraten und gemeinsam mit diesen Herrschaften zu einer Kundgebung zusammenkommen, die von den Bürgerlichen als eine sehr einseitige Kundgebung gedacht ist? Nein!

Die Sozialdemokratische Partei muß es ablehnen, sich an Aktionen zu beteiligen, die den Zweck verfolgen, die nationalen Leidenschaften anzuspannen, den klaren Tatbestand zu verwirren und Schuldige gerechter Strafe zu entziehen. Sie kann daher mit den Abenteurern keine Einheitsfront bilden, sie wird sich nicht von der deutschnationalen Propaganda ins Schlepptau nehmen lassen, sondern sie wird eine Politik treiben, die den Forderungen der internationalen Gerechtigkeit und den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Nur wenn sie das tut, kann sie den dunklen Möglichkeiten, die die Auslieferungsforderung in sich birgt, mit Festigkeit und gutem Gewissen entgegentreten.

Aus der Partei.

Sagstfeld, 11. Febr. Es sei auch an dieser Stelle auf die am Freitag, den 19. Febr., abends 7 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfindende Mitglieder-Versammlung mit Vortrag aufmerksam gemacht. Nicht sämtlicher Genossen ist es zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Auch Leser der Parteipresse sind willkommen.

Aus dem Lande.

Schopfheim, 11. Febr. Der 51jährige Betriebsarbeiter Wilhelm Binf geriet im Maschinenhaus der hiesigen Bahnstation mit der Mühle an die 25000 Volt starke Hochspannungsleitung und wurde auf der Stelle getötet.

Freiburg, 12. Febr. Einen teilweise furchigen Verlauf nahm eine Protestkundgebung gegen das Auslieferungsgesetz der Entente. Nachdem einige Kommunisten die Redner, die gegen die Auslieferung sprachen, immer wieder durch Zwischenrufe zu hören suchten, kam es schließlich zu minutenlangen Tumulten, die laut „Freie Presse“ in einer wüsten Schlägerei endeten, wobei mit Säulen und Ständen aufeinandergeschlagen wurde. Nachdem einige der Hauptredner an die Luft gesetzt waren, erhielt ein Sprecher der Kommunisten das Wort. Er wurde aber von der Versammlung niedergeschrien. Die Versammlung nahm dann späterhin einen etwas ruhigeren Verlauf. Es wurde eine Kundgebung gegen das Auslieferungsgesetz beschlossen.

Eisenbahnzusammenstoß in Müllheim. Gestern nachmittag fuhr bei Müllheim ein mit Kies beladener Hilfszug auf einen Güterzug auf, der aus der Richtung Basel gekommen war, und dem bis Freiburg einige Personenwagen angehängt sind. Durch den seitlich erfolgten Anprall wurden insgesamt fünf Wagen des Güterzuges umgeworfen, darunter zwei Postwagen. 10 bis 11 Personen erlitten leichtere Verletzungen. Ein zwischen den Wagen eingelemmter Mitfahrender konnte befreit werden, auch seine Verletzungen sind keine schweren. Den Beschädigten leistete Medizinalrat Bezirksarzt Dr. Warth in Müllheim die erste Hilfe. Es muß als ein besonders glücklicher Umstand angesehen werden, daß bei der Festigkeit des Zusammenstoßes das Zugpersonal und die Mitreisenden verhältnismäßig nur leicht verletzt wurden.

Vom Schnellzugverkehr. Vom Montag, 18. Febr. ab werden die Schnellzüge Konstanz-Karlsruhe und zurück bis und von Mannheim durchgeführt. Der Fahrplan erleidet nur eine geringfügige Aenderung. Der Schnellzug ab Konstanz geht ab 8.2 Uhr vorm., trifft in Karlsruhe 2.58 Uhr ein, wird 3.10 Uhr nach Mannheim weiter geleitet und trifft dortselbst um 4.17 Uhr nachmittags ein. Der Zug Mannheim-Konstanz geht in Mannheim ab um 2.15 Uhr nachmittags, in Karlsruhe wie bisher 3.22 Uhr und trifft in Konstanz ein um 9.48 Uhr.

Döfelferei. Die Verordnung über das Verbot des Kellerns von Obst durch gewerbliche Kellereien ist aufgehoben worden. Diese Kellereien dürfen künftighin auch Obst, das ihnen von den Erzeugern zur Obstweinbereitung für diese selbst übergeben wird, kellern. Allerdings müssen die gewerblichen Kellereien und die gewerbsmäßigen Kellereier von Obstwein einen Kontingentschein besitzen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 12. Februar.

Sozialdemokratische Parteiversammlung.

Die gestrige Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins wies einen derart starken Besuch auf, daß der Saal des „Elefanten“ nur notdürftig ausreichte. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Gen. G. Schöpflin, R. d. N., „Vor schweren Kämpfen“. Der Redner ging aus von der uns zunächst liegenden Volkssache, der Auslieferungsforderung. Deutschland befindet sich da in doppelter Gefahr. Besteht die Entente auf ihrer Forderung, dann gibt es keine Rettung mehr. Die Verletzung der Abriegelung, bezw. Annexion des linken Rheingebietes und des Ruhrkohlengebietes ist das allbekannte Ziel, auf das Frankreich zielt. Und würde Deutschland der Auslieferung fraktionslos, dann haben wir den Bürgerkrieg zu fürchten. Wenn es nicht gelingt, eine gewisse Mittellinie zu finden — und die Möglichkeit ist vorhanden, da England nur halb bei der Sache ist — dann wissen wir nicht, ob wir in nächster Zeit Reichstagswahlen haben werden. Allerdings müssen wir für alle Fälle gerüstet sein, denn das deutsche Volk und die Arbeiterklasse stehen vor schweren Kämpfen. Die nächsten Wahlen werden für die freiheitliche innerpolitische Ausgestaltung entscheidend sein. Die Auswirkung der Revolution beginnt jetzt erst und ein wirtschaftlicher Aufschwung auf dem Fundament der neuen Verhältnisse ist erst möglich, wenn wir einmal Ruhe haben nach außen und nach innen, wenn wir die finanziellen Sorgen los und unseres Lebens sicher sind. Es kann nicht bestritten werden, daß die Revolution dem deutschen Volke die freieste Verfassung der Welt gegeben hat. Kein anderes Volk hat eine Verfassung, die sich nur annähernd mit derselben messen könnte. Die Demokratie ist darin fest verankert. Unterliegen bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokraten und die bürgerliche Demokratie und bekommen wir eine reaktionäre Weiberei, wird der praktische Ausbau der demokratischen Grundrechte sabotiert, was gleichbedeutend ist mit der Verlangsamung des sozialen Aufbaues. Zu den einzelnen Parteien übergehend, betonte der Redner, daß die deutschnationale Bewegung unser schärfster Gegner ist. Wenn sie auch offen nicht so in Erscheinung tritt, wie in Norddeutschland, liegt bei uns die Gefahr nahe, daß sie eindringt in die bürgerlichen Parteien. Die deutschnationale Partei ist die einzige bürgerliche Partei, die ungehindert von anderen Interessen für ihre Ziele agitieren kann. Anders liegt die Sache beim Zentrum, wo sich ein merkwürdiger Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern herausbildet, der durch das gemeinsame Band der Kirche kaum überbrückt werden kann. Feinde der Demokratie von links sind die nachhängigen, denen die Enttäuschung der nicht politisch geschulten Massen für die Agitation zu Hatten kommt. Die Feinde von rechts sowohl wie die von links spekulieren auf die kommenden Schwierigkeiten. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, daß die Teuerung weiter schreitet und schwere Lohnkämpfe im Gefolge haben wird. Nicht umsonst wird daher von den Feinden der Demokratie links und rechts für möglichst baldige Ausschreibung der Reichstagswahlen plaidiert, in die Zeit der nächsten Monate, wo die Not am schlimmsten sein wird.

Dem können wir nur begegnen, wenn wir gewappnet sind mit der Organisation und Pflichterfüllung. Die Organisation wird in Zukunft der umgestaltende Faktor sein, gleichviel wie die Wahlen ausfallen. Wir müssen ein wohlorganisiertes Volk aufstellen, das mit lebendigem Geist erfüllt ist, dann ist der Sieg unfer. (Lobh. Beifall)

Nach einer kurzen Diskussion, in der sich die Redner in zustimmendem Sinne äußerten, kam Gen. Schöpflin noch auf das Verhalten gegenüber den bürgerlichen Parteien zu sprechen. Wir werden uns da in der Verteidigung von Fall zu Fall, oder besser bezugsweise entscheiden müssen. Wir werden keinen Zweifel darüber lassen, daß wir auf den Klaren Grundrissen der Partei stehen. Wir wollen die Demokratie im vollen Sinne. Wir sind aber nicht nur Demokraten, sondern Sozialdemokraten mit dem Nachdruck auf den ersten Silben. Wir sind Sozialisten und wollen es bleiben. Wir haben die Hoffnung, daß die kommenden Schwierigkeiten trotzallem überwunden werden und wir vorwärts kommen. Wir werden kämpfen wie es sich für Sozialisten gebührt. (Beifall)

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Vorschlag eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl“ gab der Vorsitzende Gen. Schwerdt bekannt, daß in einer vorausgehenden Vorstandssitzung einstimmig beschlossen wurde, der Versammlung die Kandidatur des Genossen G. Schöpflin für den Wahlbezirk Karlsruhe-Borsheim in Vorschlag zu bringen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu. Gen. Schöpflin dankte für dieses Vertrauensvotum und erklärte die Kandidatur anzunehmen. Er gedachte dabei mit warmen Worten seines ergebnisreichen Wahlkampfes, den er 17 Jahre lang im Reichstage vertreten hat und von dem er sich nur ungern trenne. Er habe bei seinen früheren Wählern so viel gegenseitiges Vertrauen erfahren dürfen, daß ihm der Abschied schwer falle und baue auf ein gleiches Vertrauensverhältnis in Mittelbaden.

Damit konnte der Vorsitzende Gen. Schwerdt die Sitzungsboll verlassene Versammlung um 1/10 Uhr schließen.

Ein Meinfall der demokratischen Angestellten.

Neuer das Betriebsrätegesetz sprach in der Festhalle gestern abend der demokratische Abgeordnete Schneider-Sachsen in einer von der deutschen demokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten einberufenen öffentlichen Versammlung, die nur sehr mäßig besucht war. Der Redner legte in seinem Referat das öffentliche Bestreben an den Tag, die Arbeiter gegen die Angestellten auszuspielen, indem er die letzteren gegen die ersteren scharf zu machen versuchte, was viele Zwischenrufe auslöste. Der demokratische Herr Schneider fühlte sich anscheinend nur als Angestellter, der mit seinem Chef recht gut leben möchte. Er offenbarte sich als typischer Vertreter der bürgerlichen Angestellten, die sich eben immer noch nicht zu dem reinen Arbeitnehmersstandpunkt durchringen konnte. In der Diskussion sagte Herr Schierholz unter dem lauten Beifall der Versammlung, der Referent Schneider habe gesprochen wie ein Arbeitgeber, trotzdem er ein Gewerkschaftsführer sei. Gen. Kiefer rechnete schlagfertig mit dem Referenten ab, dem er allerlei Unersprechliches sagte. Er schlug eine Resolution vor, die lautete:

Die am 11. Februar in der Festhalle verammelten Arbeiter und Angestellten von Karlsruhe mißbilligen die Ausführungen des Abgeordneten Schneider-Sachsen auf das entschiedenste. Sie halten das Betriebsrätegesetz für ungenügend und sprechen dem Abg. Schneider das Recht ab, als Angestelltervertreter aufzutreten.

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Diskussion verurteilte eine große Unruhe und nur mit Mühe konnte der Referent sein Schlußwort ausführen. Nachdem die freierwerblich organisierten Angestellten dem Beifall entgegen hatten, wurden Resolutionen eingebracht und von den nach anwesenden G. d. A. Mitgliedern angenommen, worin der Referent Schneider das Vertrauen und dem Gen. Kiefer die Unterstützung ausgesprochen wird — eine echt demokratische Entscheidung.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Karlsruhe'ger Angestellten nicht zahlreicher anwesend waren, um zu hören, was für einen feinen „Angestellten“ Vertreter die Demokraten in Herrn Schneider-Sachsen in die Nationalversammlung entsandt haben.

Eine Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes findet morgen Freitag, abends 1/10 Uhr in der „Gewerkschaftszentrale“ statt. In derselben wird u. a. berichtet über die Verhandlungen mit dem hiesigen Städtetag wegen der Teuerungszulagen.

Volkerversammlung des Gewerkschaftskartells.

Dr. Das Gewerkschaftskartell hielt am 5. Februar im Lokal zur „Wolfschlucht“ eine Volkerversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Vortrag des Gen. Gisele über „Jugend und Sport“, 3. Mehrberufung. Unentschuldig fehlten die Organisationen der Wälder, Chorjänger, Kirchner, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter und Müllerverband. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende Kollege Hof Bericht über die letzten hier stattgefundenen Konferenzen der freien Gewerkschaften Badens hauptsächlich in Bezug auf die Teuerung und Lohnverhältnisse, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die Konferenz ihre guten Früchte bringen möge. Des weiteren besprach der Vorsitzende die Verhältnisse bei der Majolica-Manufaktur hier. Dieselbe befindet sich z. Zt. in den Händen französischer Kapitalisten, welche für die Bedürfnisse ihrer Arbeiter und Angestellten absolut kein Verständnis hätten. Nun haben die letzteren beim Lab. Finanzministerium den Antrag auf Sozialisierung dieses Betriebes gestellt, finden aber bei genanntem Ministerium keine Gegenliebe, obwohl, wie Herr Buchhalter Wagner in längeren Ausführungen ziffernmäßig darlegte, der Betrieb sich z. Zt. gut rentiere, ein Risiko des Staates also ausgeschlossen sei. Die Diskussionsredner verpflichteten ihm bei und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe erblickt in der Sozialisierung der Majolica-Manufaktur ein günstiges Objekt zur Prüfung und Durchführung der Sozialisierung anderer Industriezweige. Das Kartell verlangt von der Regierung ein energisches Vorgehen in dieser Frage, zumal die Manufaktur große Ueberflüsse erzielt und für den Staat eine gute Einnahmequelle darstellen würde. Auch im Interesse der Angestellten und Arbeiter muß die Sozialisierung verlangt werden, da die jetzigen Löhne (Ausländer) bei großen Gewinnen kein Verhältnis für die Familienlage derselben hat, sondern stets jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen erkaufte werden mußte. (Schluß folgt.)

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Rechte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Jeweiligen Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 1. Nebungskunde bei Musikabteilung. Zeit 8. Blume, Jirke, 26. 8 Uhr. 1703 Sagstfeld. (Sozialdem. Verein.) Am Freitag, den 18. Febr., abends 7 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand

Verkehrsverein
Karlsruhe
Karlsruhe i. V.

Einladung

Mitglieder-
Versammlung

auf Samstag, 29. Februar
abends 7 1/2 Uhr,
im Nebenraum der Bahn-
gastwirtschaft II. Klasse (Quai-
bahnhof).

Tages-Ordnung:

1. Entgegennahme und Be-
sprechung des Jahres-
berichts.
2. Abnahme der Jahres-
rechnung.
3. Genehmigung des Vor-
anschlags.
4. Beschlußfassung über die
auf der Tagesordnung
stehenden Anträge.
5. Neuwahl des Ausschusses.
6. Ernennung von Ehren-
mitgliedern.
7. Sonstiges.

Anträge von Mitgliedern
müssen mindestens 8 Tage vor
Abhaltung der Versammlung
mit näherer Begründung dem
Vorstand schriftlich eingereicht werden.
Karlsruhe, 10. Febr. 1920.
Der 1753
geschäftsführende Vorstand.

Kaufe

getragene Kleider,
Gold- und Silber-
gegenstände.

A. Schnap, u. u. Ver-
kaufsgeschäft,
Kaiserstraße 67,
Eingang Waldhornstraße.

Kaufe
Möbel

zu hohen Preisen.
Angebote mit Kaiserstr. 69
Kramer's Möbelladen.

KAUFE
gebrauchte

1/2 Sektorkorke
18 Pfg.
gebrauchte
1/2 Weinkorke
4 Pfg.
Korkenfabrik
W. Nolke, Breiten I. B.
Auskäufer werden
gesucht, 343

Häuser

mit und ohne Geschäft, gleich
welcher Lage, sofort zu kaufen
gesucht.
1758

Wag Busam
Liegenschafts-Büro
Derrenstraße 33.

Feuerstein

Fasanenstr. 26, 1174
Tel. 3431. Tel. 3431.

Wegen Platzmangel

billig zu verkaufen, einfache
Betten, ein- und zweistöckige
Schränke, schöne tumb. Stühle
Sessels, Sofa, Wajachkom-
mode mit Kamin und Spiegel,
säugentische, Zimmerische u.
Küchene, Kaiserstraße 60-7
Ede Waldhornstraße 20

Konfirmanden-Anzug

billig zu verkaufen. 1735
Schützenstr. 10, 3. St. rechts.

Ski

mit Zubehör,
noch neu, zu
verkaufen.
Waldhornstr. 1a IV.

Bier und bierähnliche Getränke betr.
Wir bringen nachstehend die wesentlichen Bestim-
mungen der Verordnung des Reichswirtschaftsmini-
steriums über Bier und bierähnliche Getränke vom 24.
Januar 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 55) in der Fas-
sung der Verordnung vom 6. September 1918 (Reichs-
gesetzblatt Seite 1101), 23. Mai 1919 (Reichsgesetzblatt
Seite 478) und 30. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt
Seite 1), sowie die Bad. Vollzugsverordnung hier-
zu vom 20. Jan. 1920 (Gesetzes- und Verordnungs-
blatt Seite 22) zur öffentlichen Kenntnis:

Verordnung des
Reichswirtschaftsministeriums
vom 24. 1. 1918, 6. 9. 1918, 23. 5. 1919, 30. 12. 1919:

§ 1.
Es darf nur Einfachbier (§ 3 Absatz 2 des Bier-
steuergesetzes vom 26. Juli 1918, Reichsgesetzblatt Seite
803) mit einem Stammwürzegehalte von mindestens 2
und nicht mehr als 3,5 vom Hundert hergestellt werden.
Sollbier und Starbier (§ 3 Absatz 2 des Biersteuer-
gesetzes vom 26. Juli 1918; Bekanntmachung zum Bier-
steuergesetz vom 8. August 1918, Reichsgesetzblatt Seite
1063) dürfen nicht hergestellt werden.

§ 2.
Beim Verlaufe durch den Hersteller darf der Preis
für hundert Liter in Fässern nicht übersteigen:
a) für untergäriges und obergäriges Bier 61 M.
b) für bierähnliche Getränke (Erichbier) 58 M.
Der Höchstpreis schließt die nach dem Biersteuer-
gesetz vom 26. Juli 1918 (Reichsgesetzbl. S. 803) zu
entrichtende Biersteuer sowie die nach § 2 des Gesetzes
betreffend die Besteuerung von Mineralwässern und
künstlich bereiteten Getränken, vom 26. Juli 1918
(Reichsgesetzblatt S. 849) zu entrichtende Steuer ein.
Der Höchstpreis schließt, wenn die Ausschankstätte
am Orte der Herstellung liegt, die Kosten der Beför-
derung bis zu dieser und die Kosten der Rückbeför-
derung der leeren Fässer, wenn Verladung nach einem
anderen Orte als dem Herstellungsorte mit Bahn oder
Schiff erfolgt, die Kosten der Beförderung bis zur Ver-
ladeestelle des Herstellungsortes und die Kosten der
Rückbeförderung der leeren Fässer von dieser Stelle ab,
sowie die Kosten des Ein- und Ausladens dazwischen ein.
Erfolgt die Verladung nach einem anderen Orte als
dem Herstellungsorte nicht mit Bahn oder Schiff, so
schließt der Höchstpreis die Kosten der Beförderung in-
nenhalb des Herstellungsortes und die Kosten der Rück-
beförderung der leeren Fässer in dem gleichen Um-
fange ein.

Der Höchstpreis gilt auch, außer in den Fällen des
§ 5, beim Verlaufe durch andere Personen als den
Hersteller, wenn diese Personen oder der Erwerber am
Orte der Herstellung ihre gewerbliche Niederlassung oder
ihren Wohnsitz haben. Treffen dieser Voraussetzungen
nicht zu, so dürfen sie dem Höchstpreis außer den baren
Nachschüssen für die Verladung von der Verlade-
stelle des Herstellungsortes ab und für die Rückführung
der leeren Fässer bis zu dieser insgesamt nicht mehr
als die von den Landeszentralbehörden oder den von
diesen bestimmten Stellen festzusetzenden Beträge zu-
schlagen. Die Beträge schließen auch etwaige Kommit-
tionen, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren sowie alle
Arten von Aufwendungen ein. Der Reichsernährungs-
minister stellt Richtlinien für die Festsetzung der Be-
träge auf.

§ 2a.
Der Reichsernährungsminister kann für Her-
stellungsorte mit besonders großer räumlicher Ausdeh-
nung und besonders hohen Herstellungskosten höhere
als die in § 2 bestimmten Preise festsetzen.

§ 3.
Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen be-
stimmten Stellen können niedrigere als die in § 2 be-
stimmten Preise festsetzen.

§ 4.
Die Höchstpreise (§§ 2, 3) gelten auch für Bier und
bierähnliche Getränke, die aus einem anderen Braun-
steuergebiet in das Gebiet der Norddeutschen Braun-
steuergemeinschaft geliefert werden. Sie ermöglichen
sich, wenn im Herstellungsgebiete eine Ausfuhrvergütung
gewährt wird, um die Ausfuhrvergütung.

§ 5.
Die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften so-
wie von anderen Betrieben, die Bier oder bierähnliche
Getränke offen oder in Flaschen oder anderen Ge-
fäßen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutlich
sichtbaren Aufschlag in den Wirtschaftsräumen und
Verkaufsstellen die Verkaufspreise für diese Getränke
in dem zum Ausschank oder Verlaufe kommenden
Machen bekanntzugeben.
Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten
werden.

§ 6.
Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestim-
mungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 7.
Bier und bierähnliche Getränke (§ 2 Absatz 1 b)
dürfen nicht untereinander gemischt verkauft werden.

§ 8.
Die in dieser Verordnung oder auf Grund dieser
Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im
Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. Aug.
1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. De-
zember 1914 (Reichsgesetzblatt S. 518) in Verbindung
mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915
(Reichsgesetzbl. S. 25), 23. März 1918 (Reichsgesetz-
blatt S. 183) und 22. März 1917 (Reichsgesetz-
blatt S. 238).

§ 9.
Mit Geldstrafe bis zu einem Jahr und mit Geld-
strafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser
Strafen wird bestraft:
1. wer den Vorschriften in §§ 1, 7 zuwiderhandelt;
2. wer die gemäß § 5 angeführten Preise über-
schreitet;
3. wer den gemäß § 6 erlassenen Ausführungsbestim-
mungen zuwiderhandelt.
Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vor-
räte erkannt werden, auf die sich die strafbare Hand-
lung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter ge-
hören oder nicht.

§ 10.
Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird
bestraft, wer der ihm nach § 5 Absatz 1 obliegenden
Verpflichtung nicht nachkommt.

Badische Vollzugsverordnung
vom 20. 1. 1920.

§ 1.
Landeszentralbehörde im Sinne der Verordnung ist
das Ministerium des Innern.
Zur Befestigung von Zuschlägen gemäß § 2 Absatz 4
der Verordnung (für Biervermittlung) ist das Lan-

despräsidium zuständig, soweit solche Zuschläge nicht in
den nachfolgenden Bestimmungen geregelt sind.

§ 2.
Der Zuschlagspreis für Bier darf in Gast- und
Schankwirtschaften höchstens betragen:
bei 0,25 Liter 30 Pfennig,
" 0,3 " 35 " "
" 0,35 " 40 " "
" 0,4 " 45 " "
" 0,5 " 55 " "

§ 3.
Für Bier in Flaschen beträgt der Höchstpreis:
a) bei Abgabe in der Wirtschaft zum sofortigen Genuß:
für 0,35 Liter 55 Pfennig,
" 0,5 " 70 " "
" 0,7 " 95 " "

b) beim sonstigen Verlaufe an den Verbraucher insbe-
sondere beim Verlaufe über die Straße:
für 0,35 Liter 45 Pfennig,
" 0,5 " 60 " "
" 0,7 " 75 " "

Verlaufe der Hersteller Bier in Flaschen unmittel-
bar an den Verbraucher, so darf auch er die unter b
angeführten Preise verlangen.

§ 4.
Das Bezirksamt ist befugt, für eingeführtes Mün-
chener, Pilsener und Kulmbacher Bier sowohl hinsicht-
lich des Erwerbes wie hinsichtlich des Ausschanks und
des Flaschenverkaufs einen höheren Preis zuzu-
lassen.
Das Bezirksamt kann ferner auch bei sonstigem
Bier höhere Preise bezüglich des Ausschanks und des
Flaschenverkaufs festsetzen:
1. für solche einzelne Wirtschaften und Kleinhan-
delsbetriebe, für die infolge ihrer Lage die Zu-
schüsse besonders hoch sind,
2. für einzelne Wirtschaften oder Teile von solchen,
die einen häufigen außergewöhnlichen Betriebs-
aufwand erfordern,
3. für den Wirtschaftsbetrieb bei besonderen Ver-
anlassungen in Gartenwirtschaften oder in Gär-
ten, die nicht dem täglichen Verkehre dienen.

§ 5.
Zusidherhandlungen gegen diese Verordnung wer-
den mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geld-
strafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen
bestraft.
Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vor-
räte erkannt werden, auf die sich die strafbare Hand-
lung bezieht ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören
oder nicht.

§ 6.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Ver-
kundung in Kraft. Auf den gleichen Tag wird eine
ältere Verordnung vom 2. Juli 1918, Bier und bieräh-
liche Getränke betreffend (Gesetzes- und Verordnungs-
blatt Seite 412) aufgehoben.
Karlsruhe, den 6. Februar 1920. 402
Bezirksamt - Polizeidirektion. O. R. 48.

Die Verzeichnisse der Betriebsunternehmer für die
Beitragsleistung zur land- und forstwirtschaftlichen
Unfallversicherung für die Gemarlung Karlsruhe und
die abgeordnete Gemarlung Hardtwald für das Jahr
1919 liegen vom 18. ds. Mts. an während zweier Wo-
chen zur Einsicht der Beteiligten offen und zwar die
Verzeichnisse für Karlsruhe-Stadt und die abgeordnete
Gemarlung Hardtwald bei der Stadtkanzlei Abt. III,
Karl-Friedrichstraße Nr. 5, 4. Stock, Zimmer 170, Ein-
gang von der Jähringerstraße, und jene für die Bor-
de Weierheim, Dörlanden, Grünwinkel, Rintheim
und Rittburg bei den Gemeindefekretariaten dieser
Vororte.
Einsprüche gegen den Inhalt der Verzeichnisse kön-
nen während obiger Frist und eines weiteren Monats
schriftlich oder mündlich bei uns bezw. den Gemein-
defekretariaten erhoben werden.
Karlsruhe, den 10. Februar 1920. 408
Das Bürgermeisteramt.

Stadtgarten-Eintrittspreise.

Durch Beschluß des Stadtrats wurden alle Gebühren
für den Stadtgarten um 100 Prozent erhöht. Für die Zeit
vom 15. Oktober bis 15. März werden jedoch mit sofortiger
Wirkung und gleichmäßig für Sonn- und Werktag die
Eintrittspreise für Erwachsene auf 40 Pfg. und für Kinder
unter 10 Jahren auf 20 Pfg. festgelegt.
Stadt. Gartenamt. 405

Bekanntmachung

über die Kleinverkaufspreise für Speiseöl.
Das Reichswirtschaftsministerium hat für die nach
dem 17. Januar ds. J. erfolgten Lieferungen an
Speiseöl eine Erhöhung der Preise einreten lassen.
Demgemäß betragen hinfort die Kleinverkaufspreise
für 1 Kg. Margarine M. 18,40
für 1 Kg. Auslandsfett M. 20,64
für 1 Kg. Speiseöl M. 20,64
Karlsruhe, den 11. Februar 1920. 410
Stadt. Milchwirt.

Ihre alten
Blusen, Kleider, Stoffe

jeder Art, die häßlich in Farbe verschossen
sind werden neu hergerichtet und kunst-
gewerblich unter billigster Berechnung mit
den versch. demartigsten Farben versehen
**gehaselt, gefärbt,
bedruckt, bemalt**
(Flach- und Reliefmalerei) 1749
Auch als sparsame Hausfrau sparen
Sie Geld, wenn Sie Ihre
**Fensterverhänge, Lampenschirme,
Sofakissen, Kravatten, Tischdecken,
etc. etc. auch ganze
Zimmerdekorationen etc. etc.**
bei unentstehender Firma ebenfalls neu
herrichten lassen. - Lieferzeit 3-5 Tage. -
Muster sind anzusehen bei
Münchener Werkkunst,
Karlsruhe, Adlerstraße 4

Groß-Circus-Schau
Carl Holzmüller
Karlsruhe Ausstellungshalle
- Telefon 4870 -
Haltestelle der Strassenbahn.
Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr
Das Riesen-Programm
mit 29 Attraktionen.
U. a. zum erstenmale als Einlage:
Die Todesfahrt
(Looping the Loop) 3 Toods 3
über den
Löwenzwinger.
Neu! Der Mann ohne Nerven. Neu!
Vorverkauf im Zigarrenhaus Josef Meyle,
Kaiserstrasse 141, Ecke Marktplatz, Tel. 450,
von 9 Uhr morgens ab ununterbrochen ausser
Sonntags und an der Circuskasse täglich ab
10 Uhr morgens.
Täglich morgens 10 Uhr Raubtier- u. Pferde-
proben. Eintritt 1 Mark. Telefonisch bestellte
Eintrittskarten müssen spätestens 1 Stunde
vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 12. Februar 1920. 409
Die Mondscheindame.
Operette in drei Akten von Alfred Lorenz.
Anfang 7 Uhr. (Erb. Pr.) Ende 10 Uhr.
Kammerfänger Paul Bender vom Nationaltheater
in München wird am Donnerstag, den 19. Februar in
„Barjissal“ als Gurnemann und am Samstag, den 21.
Februar in „Hofenvaldler“ als Cäsar von Berghaus
participieren (Spezial 1. Abt. 18 M.) Vorrecht für In-
haber von Vorzugskarten am Freitag, den 18. Febr.,
nachm. 3/4-5 (Hauptgebäude), allgemeiner Vorver-
kauf von Samstag, den 14. Febr. an. 409

Für Eisenbahner und Arbeiter
ist das Billigste und Praktischste
Dauerwäsche
mit Leineweile, kalt abwaschbar.
Allein-Verkauf: 1750
Andreas Weing jr.,
Spezialhaus für Dauerwäsche und Herrenmoderlei
Karlsruhe i. B.,
Kaiserstrasse 40. Tel. 1520.

Birka 5 eiserne Pumpbrunnen
und 3 Flügelpumpen
mit oder ohne Rohleitung zu kaufen gesucht. Offerten,
unter Nr. 1741 an den „Volkswirt“ erbeten.

Stenotypistinnen
werden dauernd 168
gesucht.
Stadt. Arbeitsamt
Jähringerstr. 100 (weibl. Abtlg.)

Offenburger Anzeigen.
Hochwasserchäden auf Gemarlung Offenburg betr.
Die anlässlich des letzten Hochwassers entstandenen
Hochwasserchäden auf Gemarlung Offenburg sind bis
längstens Samstag, den 14. ds. Mts., mittags 12 Uhr,
auf dem Stadtbauamt, Abteilung Tiefbau anzumel-
den. Die Anmeldung hat zu enthalten:
1. Der Name des Beschädigten,
2. Gewann und Lagerbuchnummer,
3. Größe in Ar,
4. Kulturart,
5. Ertritterter Schaden in Mark,
6. Abgeschwemmter Dung oder Rüben usw.
Offenburg, 11. Febr. 1920. 413
Stadtbauamt.

Vollbuchhandlung
Karlsruhe i. B.
Friedrich Stampfer:
Religion ist
Privatsache
Erläuterungen zu Punkt 6
des Erörterungsprogramms
31.-40. Tausend. Mk. 1.-

Schneidergesuch.
2 tüchtige 1784
Großschneider,
sowie ein erstklassiger
Wettenschneider,
finden dauernde Beschäftigung
bei allerhöchsten Löhnen.
Frei Schöel born.
Julius Wölkner, G. m. b. H.
Offenburg, Hauptstraße 64.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Karlsruhe.
Achtung! Blechner und Installateure!
Am Freitag, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr,
findet eine sehr wichtige

Versammlung

am Lokal zur „Sambirnhalle“ statt. 1740
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die weiteren Verhandlungen.
2. Stellungnahme zum neuen Tarifvertrag.
Kollegen erscheint alle. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Elektro-Monteuere.

Die angelegte Versammlung am Freitag, den 12. d. Mts.,
fällt aus. Am Samstag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr
Sitzung der Branchenleitung und der
Vertrauensmänner 1754
im „Weißen Berg“. Die Branchenleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.

Am Freitag, den 12. Februar, abends halb 8 Uhr,
findet in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, eine

Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
2. Bericht über die Verhandlungen mit dem hiesigen
Städteamt betr. der Feuerungsanlage für die
hiesigen Arbeiter.
3. Angelegenheiten der Militär- und Staatsarbeiter,
Reinigungsarbeiter, Hofgartenarbeiter, Heugewer-
kstätten usw.
Zutritt haben nur Mitglieder, als Ausweis dient das
Mitgliedsbuch, das am Saaleingang vorzuzeigen ist. 1748
Solltägliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Erbkrankheiten der Metallarbeiter

Filiale Karlsruhe.
Sonntag, den 15. Februar, morgens 10 Uhr, findet
im „Kuchenhahn“ Schützenstraße 68 eine

außerordentliche

General-Versammlung

statt. Tages-Ordnung:
„Gehaltsregelung des Geschäftsführers“
Einen zahlreichen Besuch erwartet.
1751 Die Ortsverwaltung.

Beste handhabungssichere
**Sprengstoffe, Sprengkapseln mit
Zündschnur**
zum Sprengen von Baumstumpen. 1713

Pulverfabrik Ettlingen
Telefon 8. (Baden). Telefon 8.

Gelangverein Freundschaft
Ettlingen
Zur Feier des 22. Stiftungsfestes
Samstag, 14. Februar
abends 8 Uhr
in der städt. Festhalle
Grosses Konzert
Mitwirkende:
Fr. Elisabeth Friedrich (Sopran), Opern-
sängerin vom Landestheater Karlsruhe,
Frau Elisabeth Stürmer (Violine),
Herr Konzertsänger Otto Wessbecher
(Bariton und Deklamation).
Die Kapelle des ehem. Leibregts. 109
Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.
Am Flügel: Herr Bruno Stürmer.
Der Männerchor des Vereins. 1742
Gesamtleitung: Chorleiter Heinz Fröhlich.
Preise der Plätze:
Numerierter Platz 5 M.,
1. Platz 3 M., 2. Platz 2 M.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Städtische Konzerte in der Festhalle.

Sonntag, den 15. Februar 1920
nachmittags 4 Uhr

Künstler-Konzert

Ausführende:
Musik-Verein Harmonie (Leitung: Herr Hugo Rudolph)
Fräulein Klara Schüssele, Koloratursängerin
Herr Heinrich Spemann, Kammerorganist
Herr Hans Blum, Direktor
Herr Wilhelm Schweppe, Kapellmeister (Klavier).

Eintrittspreise (einschl. Lustbarkeitssteuer)
Saal und untere Galerie I. Abt. sowie Balkon I. Reihe . . . 3 M. 80 P.
" " " II. " " " II. und III. Reihe 2 M. 20 P.
" " " III. " " " obere Galerie . . . 1 M. 10 P.
Ausser Balkon alle Plätze nicht numeriert.
Wirtschaftsbetrieb. 406

Kartenverkauf: Donnerstag, den 12. bis Samstag, den 14. Februar,
nachmittags 6 Uhr, bei den Musikalienhandlungen **Hugo Kunz Nachf.**,
Inhaber Kurt Neufeldt, Waldstrasse Nr. 39, Fernsprecher Nr. 2577
(Westseite der Festhalle) und **Fr. Tafel**, Kaiserstrasse Nr. 82 a, Fern-
sprecher Nr. 1647 (Ostseite der Festhalle), am Konzerttag nachmittags
von 8 Uhr an in der Festhalle (Westseite).
Saal- und Galerieöffnung 3 Uhr.
Zugang zur oberen Galerie über die äusseren Treppen.
Belegen von Plätzen verboten.

Mitbürger, Männer u. Frauen!

Der Feind hat unsere nationale und wirtschaftliche Kraft gebrochen. Nun
will er uns auch die nationale Ehre und Würde rauben, um uns für alle Zeiten
und vor allen Völkern in Schmach und Schande zu stoßen. Er verlangt, daß
deutsche Männer, die in treuer Hingabe an ihr Vaterland ihre Pflicht erfüllen,
vor ein feindliches Gericht geschleppt werden, um von habgierigen parteiischen
Richtern verurteilt zu werden. Da sollen wir, das deutsche Volk, selbst die
Schergenrolle spielen. Nie und nimmermehr wird ein deutscher Mann oder eine
deutsche Frau sich zu solcher Mißhandlung herabwürdigen. Das letzte, was wir noch
haben, ist unsere Ehre, und diese wird uns kein Feind nehmen können, wenn wir
uns selbst nicht erniedrigen.
Daher fordern wir unsere Mitbürger, ohne Unterschied der Parteien und
Konfessionen auf, ihrer Befinnung Ausdruck zu geben in einer

Massen-Kundgebung

die am
Samstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, in der städt. Festhalle
stattfinden wird.
Karlsruhe, den 11. Februar 1920.

Im Namen des vorbereitenden Ausschusses:
Dr. Finker, Oberbürgermeister.

Daniels
Konfektions-Haus
Jacken-Kleider
teilweise auf Seidenfutter
Mk. 150.—
Rips-Mäntel
Mk. 125.— an
Wilhelmstraße 34
Telephon 1846

Nur solange Vorrat!
Blau und schwarz
Cheviot
für Konfirmanden- u. Herren-Anzüge
140 cm breit, starke Qualität
Mk. 70.— per Met. r.
Herrenstoffe
grosse Auswahl
L. Brotz
Marienstrasse 18 part., Tel. 3950
Kein Laden.

Schlecht-Schreiber
kommt einige Stunden zu
F. Buck, Zeilingerstr.
Nr. 78
Spezial-Schreibschule
Tägl. Anerkennungen des
höchsten Erfolges bei Schülern
von 9 bis 63 Jahren. 1625
Sonn- u. Feiertags.
Auswärts brieflich.

Kieler Bäcklinge
Kieler Sprotten
Lachs-Heeringe
Elb-Kaviar
Fisch-Marinaden
Fisch-Konserven
Gelsardinen
Gänseleberterrinen
Gänseleberpasteten
Gänsebrust
Schokolade, Keks
Tee, Kakao, Kaffee
Schalen-Mandeln
Folgen
Orangen, Zitronen
Pumpernickel in Dos.
ger. Meeresfrüchte
in Gläsern
Erbsen, Bohnen
Linsen, Linseneiweiss
Reismehl, Puddings
Maizena
Weiss- und Rotweine
Südweine, Liköre
Kognak
bei 1730
Kissel
Kaiserstr. 150.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerz-
liche Mitteilung, daß unser geliebtes Kind
Emma Brunhilde

im zarten Alter von 6 Wochen unerwartet
rasch verschieden ist. 1739
Karlsruhe, den 11. Februar 1920.
Luisenstraße 41.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frida Landefeld.
Die Beerdigung findet am Freitag, den
13. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von d. r.
Friedhofkapelle aus statt. 1739

Arbeiter-Radfahrer-Verein. Sektion Rintheim.

Sonntag, den 15. Februar 1920,
findet in der Restauration
„Zur Friedrichskrone“
die Feier unseres

Stiftungs-Festes

verbunden mit Reigenfahren, komischen
Vorträgen u. Tanz statt.
Wir laden unsere Mitglieder nebst Familien-
angehörigen sowie Freunde unserer Sache
höflichst zum Besuche ein.
1743 Die Sektionsleitung.

Medico-mechanisches Institut

Karlsruhe, Sofienstraße 23.
Orthopädische Turnstunden unter ärztlicher Leitung,
Montags, Mittwochs und Samstags von 2-4 Uhr nachm.
Behandlung aller Verletzungen, auch Kriegsverwundungen.
Medico-mechanischer Apparatensaal, Massage, Heißluft-
bäder, künstliche Hüften-Sonne.
Modern ausgestattetes Röntgenlaboratorium zur Unter-
suchung innerer und chirurgischer Erkrankungen und
Behandlung mit Röntgenstrahlen. 411
Tägliche Sprechstunden täglich 3-4 Uhr.

Dr. Hammer **Dr. Pertz**
Fachärzte für Chirurgie und Orthopädie.

Die Wirtschaft

„Zum Walfisch“
ist alsbald neu zu vergeben.
Brauerei Kammerer
Kriegstraße 113. 1737

Erstklassiger

Großstückarbeiter
sowie **Westenmacher**
per sofort gesucht.
P. Bang, Herrenschnneider
Amalienstraße 39. 1738

Tüchtige Weißnäherinnen

per sofort in oder außer dem Hause bei hoher Bezahlung
gesucht.
Fa. August Schulz, Wäsche-Fabrik
Herrenstraße 24. 1717

Mehrere tüchtige 1732
Feinmechaniker u. Feindreher
in gut bezahlte dauernde Stelle
sofort gesucht.
Filiale **Arnold Biber, Durlach, Oberwald 2.**

Möbelschreiner u. Bildhauer

finden dauernde lohnende Beschäftigung bei
Gebr. Himmelheber
Möbelabrik, Karlsruhe i. B. 1623